

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 10 (1969)  
**Heft:** 22

**Artikel:** Lateinamerika-Uebersicht  
**Autor:** Max, Alphonse  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095591>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Lateinamerika-Uebersicht

Von Alphonse Max

Die Aufstellung des *chilenischen* Dichters Pablo Neruda als Präsidentschaftskandidaten der chilenischen Kommunistischen Partei für die 1970 stattfindenden Wahlen ist recht aufschlussreich für die Taktik des prosovjatischen Auslandskommunismus. Neruda hat schon lange aufgehört, jene Gedichte zu schreiben, die ihn in ganz Lateinamerika bekannt und beliebt machten; die Anlass waren, dass die KP sich Neruda widmete und den in seiner ursprünglichen Dichtung nicht engagierten Poeten für ihre eigenen politischen Zwecke nutzbar machte. Man feierte Neruda für seine unpolitische Lyrik — er erhielt sogar den Stalinpreis —, während sein politisches Glaubensbekenntnis in krassem Widerspruch zu seinen lyrischen Motiven stand und steht. Heute gleicht der Lebenswandel Nerudas dem eines typischen lateinamerikanischen Bonzen, mit Villa am Meer, Dienerschaft, Jachten usw.: Lebensstil also einer Klasse, die die KP zu bekämpfen vorgibt. Aber wenn ein stalinistischer, ichbezogener Dichter Stimmen für die KP einbringen kann, so sind die Genossen nicht haarspalterisch in der Auswahl ihrer Galionsfigur.

Es brodet überall. In *Bolivien* hat ein Staatsstreich stattgefunden, der General Ovando auch formell an die Macht brachte, nachdem er sie de facto schon längst ausübte. Die Tatsache, dass Fidel Castro sofort die Verdammungsmaschinerie gegen Ovando in Betrieb setzte, obgleich der Bolivianer versicherte, dass er dem Auslandskapital den Garaus machen würde, dürfte ein klarer Hinweis sein, dass Bolivien den Weg Perus nicht einschlagen wird, wengleich der Wortgebrauch des Generals bei dessen Amtsantritt hauptsächlich aus den vermeintlich populären Anti-Yankee-Slogans bestand.

Der hartnäckig betriebene *Anti-Nordamerikanismus* in Lateinamerika ist eigentlich eine merkwürdige Angelegenheit. Die USA werden pauschal und undifferenziert als Ursache sämtlicher Uebel des Kontinents hingestellt, sowohl wegen dem, das sie tun, als auch wegen dem, das sie unterlassen. Es handelt sich im Grunde genommen um einen sehr bequemen, universal verwendbaren Popanz, der ausserdem die sehr angenehme Eigenschaft besitzt, keine Abwehrreaktionen auszulösen, wie es der Fall *Peru* bewiesen hat. Die toll gewordene Soldateska in diesem Andenstaat nationalisierte die wesentlichen nordamerikanischen Niederlassungen, vor allem die International Petroleum Company — und es geschah praktisch nichts. Dieser Antiklimax dürfte zur Ernüchterung der Peruaner beigetragen haben, um so mehr als die anfangs sehr eifrigen Sowjets nur politisch sofort in die Bresche sprangen, die Verhandlungen bezüglich wirtschaftlicher Hilfe jedoch auf die lange Bank schoben und, wie sich jetzt herausstellt, nur einige Schein zugeständnisse machten. Es hat sich inzwischen erwiesen, dass die Russen, ausser Waffen und Militärinstructoren, sehr wenig zu bieten haben. Ein Land, das seine Fabriken in Italien und Frankreich bestellen und seinen Weizen in Ka-

nada und Argentinien einkaufen muss, kann Peru wenig Hilfe leisten. Aber diese Binsenwahrheiten erkennt man anscheinend nicht sofort; sie sprechen sich nur allmählich herum. Und nun ist es schon ein Jahr, dass die Obristen in Lima walteten...

Andererseits haben die Regierungen der Andenländer Bolivien, Chile, Peru, Ekuador und Kolumbien, ehe sie überhaupt anfangen, den sogenannten *«Andenpakt»* in die Wirklichkeit umzusetzen, bei einer Konferenz der Lateinamerikanischen Freihandels-Vereinigung (ALALC) in Montevideo grossstönend vorgeschlagen, Lateinamerika solle sich für die Bildung eines Gemeinsamen Marktes für 1985 vorbereiten. Der Gemeinsame Markt setzt zunächst die Zollunion voraus, deren Vorstufe die Freihandelszone ist, die bislang bloss auf dem Papier steht, weil sich bisher keiner der elf ALALC-Partner bereit erklärt hat, den Handel zu liberalisieren. In den letzten drei Monaten hatten bereits ausserordentliche Sitzungen der ALALC stattgefunden; aber anstatt eine gemeinsame Lösung zu finden, zeigten sich die unterschiedlichen Auffassungen besonders deutlich. Die *«grossen»* Länder (Brasilien, Argentinien, Mexiko) bestehen einerseits auf einer graduellen Liberalisierung, während die weniger entwickelten Länder an einer aggressiveren Politik interessiert sind. Aus diesem Grund hatten die fünf Andenländer bereits im Mai dieses Jahres das *«Abkommen von Cartagena»* zwecks einer subregionalen Integration unterzeichnet. Die Forderung der Andenländer, die ALALC bis 1985 in einen funktionsfähigen Gemeinsamen Markt umzuwandeln, beantworteten *Brasilien* und *Mexiko* mit dem Vorschlag, die *«Übergangsperiode»* der ALALC von 1973 bis 1980 zu verlängern. Die nun auf höchster Ebene geführte Diskussion dreht sich allein um diese beiden Möglichkeiten, aber es scheint schwierig, eine Einigung herbeizuführen und eine grössere Krise innerhalb der ALALC zu vermeiden.

In *Argentinien* ist der grossartig angekündigte Wirtschaftskrieg zwischen Gewerkschaften und Regierung nicht ausgebrochen. Die Gewerkschaften sind gespalten und die mässigen Elemente haben vorläufig die Oberhand behalten. Der Präsident, der sonst recht wortkarg ist, hat deutlich die Ziele seiner *«Revolution»* (lies: seines Regimes) erläutert. Er meint, dass die Streitkräfte das Rückgrat der Revolution darstellen und dass die politische Zukunft der Revolution durch die Verfassung, das Parlament und die Mitwirkung der politischen Parteien bestimmt werde. Die Regierung beabsichtige, die Vereinigung der Gewerkschaften zu erleichtern, um eine wirklich repräsentative Organisation zu schaffen, die eine gerechte Beurteilung der auf dem Arbeitssektor herrschenden Probleme nötig mache. Die argentinische Revolution bedeute einen *«rationalen Vorgang tiefgreifender Veränderungen»*, der weder mit Demagogie noch mit Personenkult etwas zu tun habe. *«Das Grundübel Argentinien»*, sagte der General-Präsident Onganía, *«war damals die Verletzung der volksvertretenden Insti-*

tutionen, durch die der Bürger sich nicht mehr wirklich vertreten fühlte». Deshalb hätten die legitimen und authentischen Kanäle wieder geöffnet werden müssen, durch die der Bürger seine Meinung äussern und weitergeben könne. Als Ziele der *«sozialen Etappe»* seines Regierungsprogramms bezeichnete er eine Verbesserung der sozialen Strukturen, damit sie eine gerechtere Verteilung der nationalen Reichtümer gestatte. Dies bedeute jedoch nicht nur eine Einkommensverbesserung — die, falls nicht von Produktionserhöhung begleitet, zur Inflation führen muss —, sondern auch ein sinnvoller Aufbau eines Netzes sozialer Leistungen auf dem Gebiet der Gesundheit, der Erziehung und des Wohnbaus, wie sie in den letzten beiden Jahren schon teilweise zu verzeichnen sind.

Die Central Intelligence Agency (CIA) bleibt als obligater Sündenbock der kommunistischen Nachrichten- und Propagandadienste niemals ungeschoren. Das zeigt sich jetzt wieder in folgenden Fällen:

Ein Mitglied der mexikanischen Botschaft in Havanna — der einzigen diplomatischen Vertretung eines lateinamerikanischen Staates in *Kuba* — wurde auf Grund von bestimmten Abwehrfeststellungen von der kubanischen Regierung bezichtigt, für die CIA tätig gewesen zu sein. Wieso der mexikanische Staat selbst keine Agenten unter seinen Diplomaten haben kann und warum ein Diplomat, der als vermeintlicher Agent erkannt wird, unbedingt für die Amerikaner gearbeitet haben muss, ist nicht ganz klar. Die mexikanische Reaktion war so heftig, dass der kubanische Aussenminister sich nach Mexico City begeben musste, um einen eventuellen diplomatischen Bruch zwischen beiden Ländern in letzter Minute zu verhindern.

In *Montevideo* ereignete sich dagegen eine Telefonaffäre. Es wurde festgestellt, dass die Fernsprechanschlüsse der Sowjetbotschaft angezapft worden waren. Natürlich musste auch in diesem Fall die CIA herhalten, denn niemand käme auf die Idee, dass uruguayische Abwehrbehörden je imstande wären, diejenigen erfolgreich zu beobachten, die ständig bemüht sind, die Sicherheit des Landes zu untergraben. Nicht sehr lobenswert für die Uruguayer, der Verdacht nämlich, dass die Amerikaner deren Sicherheit gewährleisten müssen.

Es besteht weiterhin die Gefahr, dass die Vereinigten Staaten wegen der angespannten Lage in Asien, China und Vietnam allmählich ihr Interesse an Lateinamerika abbauen. Dies ist zwar verständlich, aber deshalb jedoch nicht minder bedauerlich. Dies dürfte die Ursache der Bemühungen sein, einen *«Südatlantikpakt»* zu schaffen zwischen Argentinien, Brasilien und Uruguay einerseits und Südafrika (vielleicht auch Portugal) andererseits. Die kontinuierliche und sich intensivierende Präsenz der UdSSR in Südamerika, sowie die Guerillakämpfe in Westafrika lassen einen Militärpakt als unerlässlich erscheinen. Die Entwicklung im Mittelmeer ist ein zusätzliches Stimulans, um vorbeugende Massnahmen zu ergreifen, damit der Raum zwischen Südafrika und Südamerika sich nicht in eine neue Gefahrenzone verwandelt.

Strategisch ist der Südatlantik von Bedeutung wegen des antarktischen Kontinents, der grösser ist, als die USA und Argentinien zusammen, und ungeschätzte Erz- und andere Rohstoffe enthält.